STANDPUNKTE 08 / 2015

JAN KORTE

DIE VERGESSENEN OPFER: SOWJETISCHE KRIEGSGEFANGENE

HÖCHSTE ZEIT FÜR IHRE ANERKENNUNG UND ENTSCHÄDIGUNG

Im 70. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es unzählige Publikationen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Millionen Toten, die der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gekostet hat. Wie in den Jahrzehnten zuvor spielt aber eine besonders große Opfergruppe dabei bislang kaum eine Rolle: die Opfer der Sowjetunion im Allgemeinen und die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen im Speziellen. Das ist kein Zufall, sondern hat geschichtspolitische Gründe, vor allem den über Jahrzehnte staatlich sanktionierten und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Antikommunismus sowie die langlebige Legende von der sauberen Wehrmacht. Es ist höchste Zeit, die Opfer der sowjetischen Kriegsgefangenen anzuerkennen und ihre letzten Überlebenden zu entschädigen.

Im Zweiten Weltkrieg starben rund 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Ungefähr 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen etwa 3,3 Millionen an Hunger, Kälte, Krankheiten, Zwangsarbeit zugrunde gingen oder durch massenhafte Erschießungen getötet wurden.[1] Die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen spielte und spielt trotzdem im offiziellen Gedenken der Bundesrepublik (wie zuvor schon in DDR und BRD) eine völlig untergeordnete Rolle. Immerhin befasst sich aktuell der Bundestag mit diesem Thema. Sowohl die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag als auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben Anträge eingebracht, die eine finanzielle Entschädigung und eine politische Anerkennung der Opfer verlangen.[2]

Zunächst stellt sich die Frage, warum diese Debatte erst jetzt, sieben Jahrzehnte nach Ende des Krieges, dort begonnen wird. Zwar gab es viele engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und etliche Initiativen, die dieses Thema immer wieder angesprochen haben, doch fand das Gedenken an diese «vergessene Opfergruppe» bis dato keinen Weg in die offizielle Politik (von einzelnen parlamentarischen Initiativen abgesehen). Zu verstehen ist dieses bewusste «Vergessen» nur durch Betrachten der Zeitläufte und der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der letzten 70 Jahre.

SCHULDABWEHR UND TÄTERPERSPEKTIVE

Blickt man auf die 1950er Jahre zurück, so kann man erahnen, auf welch organisierten Widerstand das Gedenken an die Opfer stieß. Das Gedenken an und die Würdigung des Widerstandes des 20. Juli 1944 beispielsweise hat erst der spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer im sogenannten Remer-Prozess[3] entscheidend vorangebracht. Die bis dahin allgemein in Staat, Gesellschaft und Eliten vertretene Auffassung, Stauffenberg sei ein Hochverräter, aber bestimmt kein zu ehrender Widerständler gewesen, erschütterte Bauer durch den – brillant hergeleiteten – Nachweis, dass es ein Recht und eine Pflicht auf Widerstand gegen die «Diktatur der Menschenverachtung» (Alexander und Margarete Mitscherlich) gegeben hat. Er brachte es auf die Formel: «Unrecht kennt keinen Verrat!»[4] Das ist ein Beispiel dafür, dass jeder Fortschritt, jedes Gedenken, jede offizielle Würdigung von Widerstand und Opfern von engagierten Einzelpersonen mühsam erkämpft werden musste. Von selbst geschah gar nichts.

In einer Gesellschaft, in der die «Unfähigkeit zu trauern»[5] und die Abwehr von Schuld und Reflexion dominierten, gab es für die Opfer keinen Platz. Das noch an den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher relativ große Interesse ebbte danach merklich ab.[6] Dazu trug auch die Schuldabwehr von Leuten wie Albert Speer bei, der wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden war, und die dankend in der Gesellschaft aufgenommen wurde. Die Schuld wurde zunehmend auf drei Haupttäter reduziert – Hitler, Himmler und Göring (allesamt tot) –, ansonsten war man verführt worden, hatte vom Judenmord nichts mitbekommen und eigentlich nur seine Arbeit erledigt. Eine weitere Figur der Schuldabwehr war die Stilisierung der Deutschen zu den eigentlichen Opfern. Erst Opfer von Hitler, dann Opfer des Krieges und des Bombenkrieges und schließlich Opfer der Entnazifizierung. Und last but not

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

least wollte man nichts von einer angeblichen Kollektivschuld wissen, die allerdings auch niemand behauptet hatte.

In diesem Kontext spielte selbst das Gedenken an die sechs Millionen Opfer der Shoah kaum eine Rolle. Erst das bahnbrechende Werk von Raul Hilberg über die «Vernichtung der europäischen Juden» (1961),[7] der (wiederum von Fritz Bauer initiierte) Frankfurter Auschwitzprozess (ab 1963), unzählige lokale Gedenkprojekte und schließlich die US-amerikanische TV-Serie «Holocaust» (1978) brachten das Gedenken und die kritische Auseinandersetzung mit dem industriell betriebenen Massenmord, dem Zivilisationsbruch Auschwitz, in die gesellschaftliche und staatliche Gedenkpolitik. Und nicht zu vergessen die große und wichtige Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, in der das erste Mal von staatsoffizieller Seite der 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet wurde und ein westdeutsches Staatsoberhaupt dem «Widerstand in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, dem Widerstandes der Kommunisten» gedachte und Anerkennung zollte, wenngleich Weizsäcker damit endlich auch «nur» eine nicht länger haltbare Sicht revidierte.

Noch viel später wurde auch der Widerstand des kleinen Mannes und des einfachen Soldaten gewürdigt – im Jahr 2002 wurden die Wehrmachtsdeserteure rehabilitiert. Bis dahin galten sie als vorbestraft und de facto zu Recht verurteilt. Das Wesen der mörderischen NS-Wehrmachtsjustiz wurde jahrzehntelang als legitim und rechtens betrachtet, ihr Unrechtscharakter negiert. Damit reproduzierte man den Blick der Täter und schloss die Perspektive der Opfer aus. Das Credo Hans Filbingers – im Krieg Marinerichter und von 1966 bis 1978 baden-württembergischer Ministerpräsident – «Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein» dominierte über Jahrzehnte das juristische, politische und gesellschaftliche Denken und Handeln.[8] Daran änderte auch nichts, dass dieses Denken durch Menschen wie Fritz Bauer, Beate und Serge Klarsfeld, Martin Niemöller oder Eugen Kogon infrage gestellt wurde; selbst die 68er-Bewegung blieb in dieser Hinsicht eine Minderheit.[9]

Und erst im Jahr 2009 wurden die sogenannten Kriegsverräter rehabilitiert. Diese zu Tausenden zum Tode verurteilten, meist einfachen Wehrmachtssoldaten hatten Juden geholfen, Kriegsgefangenen ein Stück Brot zugesteckt oder sich kritisch zu Verbrechen und dem Kriegsverlauf geäußert – und waren dem «gesetzlichen Unrecht» (Gustav Radbruch) der NS-Militärjustiz zum Opfer gefallen. Auch über diese Rehabilitierung musste drei Jahre im Bundestag debattiert werden. Nur aufgrund der Unterstützung von wichtigen Medien wie *Spiegel,* ARD und *Süddeutsche Zeitung* schwenkten SPD und schließlich auch CDU ein und kennzeichneten die Kriegsverratsbestimmungen als das, was sie waren: mörderisches Unrecht.[10]

Diese Beispiele, deren Liste sich noch erheblich verlängern ließe, zeigen, dass jeder Fortschritt im Gedenken und im Aufarbeiten von enormen Widerständen in der Gesellschaft begleitet war. Und sie lassen erahnen, warum gerade die sowjetischen Gefangenen bis heute im Gedenken nicht den Stellenwert haben, der anderen Opfern inzwischen eingeräumt wird.

VERNICHTUNGSKRIEG GEGEN «JÜDISCHEN BOLSCHEWISMUS»

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als Angriffs- und Vernichtungskrieg konzipiert und geführt, der alle bis dato geltenden Rechts- und vor allem Zivilisationsregeln suspendierte. Schon vor Beginn des Angriffes wurde in Befehlen und Weisungen klargemacht, dass jedwede Brutalität erlaubt und notwendig sei. Das thematisierte auch Jan Philipp Reemtsma 1995 bei der Eröffnung der «Wehrmachtsausstellung» in München: «Der Krieg der deutschen Wehrmacht im – pauschal gesprochen – ‹Osten› ist kein Krieg einer Armee gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil – die Juden – ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst. Der Terminus ‹Kriegsverbrechen› ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland außer Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann.»[11]

Der Vernichtungskrieg wurde aktiv und mit ideologischer Überzeugung von der Wehrmacht umgesetzt. Dabei gingen der in der Wehrmacht verbreitete übersteigerte Nationalismus, Antislawismus, Antisemitismus und besonders der Antikommunismus eine Verbindung ein, die alle Empathie und humane Selbstbeschränkung gegenüber dem Feind aufhob.[12]

Mit Unterstützung der Wehrmacht wüteten hinter der Front die Einsatzgruppen, die rund 2,5 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordeten. Damit bildete der Krieg gegen die Sowjetunion auch den Eintritt in die systematische, verwaltungsbürokratisch flankierte und arbeitsteilig organisierte Ermordung der Jüdinnen und Juden. Dass die Wehrmacht genauestens über das Wüten der SS-, Polizei- und SD-Einheiten informiert war, ist belegt. «Die Einsatzgruppe B, die mit der Heeresgruppe Mitte nach Osten vorgerückt war, hatte bis Mitte August 1941 17 000 Juden ermordet. Die Wehrmachtseinheiten waren, wie die erhaltenen Kriegstagebücher belegen, über diese Aktion genau im Bild und beteiligten sich vielerorts an den Massakern.»[13] Der Krieg gegen Sowjetunion war ein entgrenzter Vernichtungskrieg, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hatte.

DIE SOWJETISCHEN OPFER

Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll während des Zweiten Weltkrieges entrichtet: 27 Millionen Tote, davon 14 Millionen Zivilisten. Fast jede Familie in der UdSSR hatte Opfer zu beklagen.[14] In besonderer Art und Weise waren die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen, die die ersten Opfer der Vergasungen in Auschwitz waren.

Die Schätzungen über die Anzahl der Kriegsgefangenen gehen auseinander. Man kann aber davon ausgehen, dass rund 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft gerieten. Davon sind rund 3,3 Millionen umgekommen.[15] Den sowjetischen Gefangenen wurden alle Rechte, wie sie etwa in der Genfer Konvention festgeschrieben waren, verwehrt. Tausende wurden erschossen, die meisten starben durch Hunger, Kälte, Seuchen und Krankheiten. Die ersten Lager befanden sich entlang der Grenze zur UdSSR. Später wurden immer mehr Gefangene nach Deutschland deportiert. Die Zustände in den Lagern waren dort nicht viel besser. «Die Gefangenen gruben sich Erdhöhlen, um dort Schutz vor Kälte und Regen zu finden, und aßen Gras und Baumrinde, um ihren Hunger zu stillen.»[16]

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören damit zu den größten Opfergruppen des Vernichtungskrieges. Die Sterblichkeitsrate lag bei rund 60 Prozent. Zum Vergleich: Bei westlichen Kriegsgefangenen lag die Todesrate bei 3,5 Prozent. An diesem Zahlenverhältnis wird deutlich, welche ver-

brecherische und dehumanisierte Ideologie und Kriegsführung beim Angriff auf die UdSSR dominierte.

WARUM DIE SOWJETISCHEN KRIEGSGEFANGENEN «VERGESSEN» WURDEN

Gedenken, Entschädigung und Rehabilitierung von NS-Opfern mussten, wie gezeigt, stets gesellschaftlich erkämpft werden. Dass dies hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen immer noch nicht gelungen ist, liegt auch an einigen bis heute wirkmächtigen Komponenten einer reaktionären Geschichtspolitik.

Erstens: Der quasi zur Staatsreligion erhobene Antikommunismus prägte die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik.[17] Der Antikommunismus legitimierte die massenhafte Rückkehr der alten Eliten aus Staat, Wirtschaft, Justiz und Militär, sprach die Wehrmacht de facto von jeder Schuld und Verantwortung frei und erlaubte der Gesellschaft, sich nicht mit der eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. In einem Klima, in dem der Kommunismus/Sozialismus für schlimmer als der Nationalsozialismus angesehen wurde, konnte der Krieg gegen die Sowjetunion noch nachträglich fast als ein legitimer Krieg erscheinen. «Der kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein Übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien im Nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.»[18] Vor diesem Hintergrund spielten die Opfer des NS-Terrors insgesamt kaum eine Rolle, erst recht nicht das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Zweitens: Einen wirklichen Durchbruch brachte erst die Wehrmachtsausstellung 1995. Mit ihr wurde erstmals öffentlichkeitswirksam an die Verbrechen und die tragende Rolle der Wehrmacht innerhalb des NS-Regimes erinnert und wurde der verbrecherische Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, gegen Polen und gegen Jugoslawien für breitere Teile der Bevölkerung deutlich. Bis dahin hatte die Lüge von der irgendwie sauber gebliebenen Wehrmacht den geschichtspolitischen Diskurs beherrscht, der eben von jenen geprägt worden war, die willfährige und überzeugte Anhänger Hitlers gewesen waren. Ähnlich wie die «feinen Herren» im Auswärtigen Amt versicherten auch die Führungsfiguren der Wehrmacht, sie und ihre untergebenen Offiziere und Soldaten hätten nur ihre Arbeit und Pflicht getan; mit den Verbrechen des Nationalsozialismus hätten sie gar nichts zu schaffen gehabt. Die Schuldigen waren für sie – analog zu der Haupttäterthese (Hitler, Himmler, Göring) – die SS und die Einsatzgruppen. Diesen Eindruck vermittelten auch die Memoiren der Offiziere und unzählige Landserhefte, die vieles waren, nur nicht reflexiv und kritisch. Was blieb, war das Bild des heroischen Kampfes, auch und gerade gegen die Sowjetunion.

Drittens: Dass es so wenig Aufmerksamkeit für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen gab, hat auch etwas mit dem Umgang der Sowjetunion selbst mit diesem Thema zu tun. Unter Stalin galten die Kriegsgefangenen als Verräter und waren teilweise nach ihrer Rückkehr weiteren Repressalien ausgesetzt. Sie kamen in dem offiziellen Gedenken an die Kriegsopfer nicht vor, wurden also auch auf sowjetischer Seite «vergessen». Erst 1995 wurde diese Gruppe endgültig und offiziell rehabilitiert.

Zusammenfassend und viertens: Die gegenwärtige Debatte, die die Oppositionsfraktionen im Bundestag angestoßen haben, wird durch die Perspektive der Totalitarismustheorie und wegen aktueller außenpolitischer Auseinandersetzungen mit Russland behindert. Namentlich die Unionsfraktion mauert in bemerkenswerter Weise. Zwar erkannte Erika Steinbach als Rednerin der Union das opferreiche Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen an, hob aber in ihrer Rede völlig unverhältnismäßig die Behandlung der überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion hervor. Diese und nicht die Nachfolger der Täter hätten eine Entschädigung zu zahlen: «Was aber bis heute überfällig ist, ist eine Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen der Sowjetunion durch das eigene Land selber. Sie wurden stigmatisiert, sie wurden entrechtet, sie wurden umgebracht, in Lager verschleppt. Russland hätte, anstatt die Ukraine zu überfallen, lieber seine noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen entschädigen sollen. Das wäre eine humane Geste gewesen, meine Damen und Herren.»[19]

An der Position Steinbachs kann man all die Widerstände erahnen, die es noch heute gegen ein angemessenes Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg gibt. Theoretisch ist dafür im Parlament eine Mehrheit vorhanden, da die Fraktionen von SPD, LINKE und Grünen dieses Anliegen teilen. Doch scheint es – wie bei der Rehabilitierung der angeblichen «Kriegsverräter» – nötig, Bündnispartner auch jenseits des Parlamentes zu gewinnen, um den Druck auf die Politik zu erhöhen: in der Wissenschaft, in den Opferverbänden, in den kritischen Medien.

Die «vergessenen» Opfer, die noch rund 2.000 lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, verdienen endlich Anerkennung für ihr Leiden und eine Entschädigung. Ihnen läuft die Zeit davon. Deutschlands Politik sollte sich beeilen.

Jan Korte, Jahrgang 1977, Politikwissenschaftler M. A., seit 2005 Mitglied des Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Vgl. Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602; Boebel, Chaja/Heidenreich, Frank/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Verbrechen, Verleugnung, Erinnerung, Hamburg 2009. **2** Vgl. Antrag der Fraktion DIE LINKE «Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene», Bundestagsdrucksache 18/3316. Fast gleichlautend, lediglich in der Höhe der Entschädigung abweichend, der Antrag der Grünen; vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe», Bundestagsdrucksache 18/2694. Diesen Antrag brachten Bündnis 90/Die Grünen wortgleich bereits in der letzten Wahlperiode am 4. Juni 2013 gemeinsam mit der SPD ins Parlament ein (Bundestagsdrucksache 17/13710). **3** Der Remer-Prozess fand im März 1952 vor der Dritten Großen Strafkammer des Braunschweiger Landgerichts gegen den ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht und späteren Mitbegründer der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei Otto Ernst Remer wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener statt und endete mit der posthumen Rehabilitation der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. **4** Vgl. hierzu zuletzt Steinke, Ronen: Fritz Bauer: oder Auschwitz vor Gericht, München 2013; noch umfassender über Leben und Wirken Bauers: Wojak, Irmtrud: Fritz Bauer 1903–1968, München 2009. **5** So der Titel der 1967 erschienenen exzellenten Studie von Alexander und Margarete Mitscherlich. **6** Zum Gesamtkomplex des Umgangs mit der NS-Vergangenheit vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; polemischer, aber genauso treffend: Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder von der Last, Deutscher zu sein, Berlin 1990; einen sehr guten Überblick bietet Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, München 2007; zur Frage des Denkens und der Rückkehr der alten Eliten in den Justizapparat vgl. Perels, Joachim: Das juristische Erbe des «Dritten Reiches». Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt a. M./New York 1999. **7** Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 9. Aufl., Frankfurt a. M. 1999. **8** Zu Filbinger und den Verbrechen der Wehrmachtsjustiz insgesamt vgl. Kalmbach, Peter: Wehrmachtjustiz, Berlin 2012. **9** Vgl. hierzu z. B. Perels, Joachim: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004. **10** Zur Debatte um die Rehabilitierung der «Kriegsverräter» vgl. Korte, Jan/Heilig, Dominic: Kriegsverrat. Vergan-

genheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte, Berlin 2011. **11** Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944», hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1998, S. 34. **12** Vgl. hierzu insgesamt Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg und Legenden, Frankfurt a. M. 2002. **13** Heer, Hannes/Naumann, Klaus: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 61. **14** Vgl. Quinkert, Babette/Morré, Jörg (Hrsg.): Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944, Paderborn 2014. **15** Vgl. Boebel/Heidenreich/Wentzel: Vernichtungskrieg, S. 7. Über die genaue Zahl der von der Wehrmacht gefangen genommenen Rotarmisten besteht in der Forschung keine Einigkeit. Seriös begründete Zahlen schwanken zwischen 5,7 Millionen (Christian Streit) und 4,5 Millionen (G. F. Krivosheev), vgl. hierzu Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978 sowie Krivosheev, Grigoriy F. (Hrsg.): Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century, London 1997. Streit kommt auf die Zahl von 3,3 Millionen Toten, bei Krivosheev beträgt sie 2,5 Millionen. Die Differenz wird dadurch erklärlich, dass die Wehrmacht alle Männer im wehrfähigen Alter im Operationsgebiet und auch Zivilisten in Uniform und Krankenhauspersonal als Kriegsgefangene registrierte, worauf sich Streit bezieht. Er geht also bei seinen Zahlenangaben, die inzwischen auch von Otto et al. (Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602) bestätigt wurden, von der Gesamtzahl der in deutschen Wehrmachtslagern gefangen gehaltenen Personen aus. Demgegenüber zählt die russische Forschung nur diejenigen, die dort tatsächlich Angehörige der Roten Armee waren. Entsprechend ändert sich damit auch die Zahl der Toten (58 bzw. 55 % Tote in deutschem Gewahrsam). **16** Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948. Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, Repatriierungslager, Sowjetisches Speziallager, Schwerin 2013, S. 23. **17** Vgl. Korte, Jan: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009. **18** Heer, Hannes: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Massenmord nach Plan, in: Boebel/Heidenreich/Wentzel (Hrsg.): Vernichtungskrieg, S. 55. **19** Rede Erika Steinbach, Bundestagsplenarprotokoll, 18. Wahlperiode, 5.2.2015, S. 8113.

STANDPUNKTE

06/2015
NADJA CHARABY
Riskanter Deal für Vietnam

05/2015
KATJA HERMANN
Gaza nach dem Krieg

04/2015
MAX LILL
Rechtspopulistische Früchte der Vermarktlichung

03/2015
ANNE JUNG / ANDREAS WULF
Ausgrenzung ist die Seuche

02/2015
SEBASTIAN STRUBE
Die Entstehung des digitalen Prekariats

01/2015
MICHAEL BRIE
Benennen ist kein unschuldiges Geschäft

25/2014
ETHAN YOUNG
Wettlauf nach rechts?

24/2014
CHRISTIAN JAKOB
Ende des Verbots der PKK ist überfällig

23/2014
STEPHAN KAUFMANN
Freihandel als Waffe im globalen Machtkampf

22/2014
ANDREAS BOHNE
Ohne Rücksicht auf Verluste

21/2014
MARTIN MROCHEN
Massaker in Mexiko

20/2014
GERHARD DILGER
Stichwahl in Brasilien: Schafft es Dilma doch noch?

19/2014
STEFAN THIMMEL
Uruguay am Scheideweg

18/2014
MANUEL PALZ
Das Ende der Blockade

17/2014
LIZ FEKETE
Rechte Gewalt in Europa

16/2014
ANGELIKA TIMM
Im Schatten des Gaza-Kriegs

15/2014
URI WELTMANN
Der lange Weg nach Gaza

14/2014
BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS
Die Bürgerrevolution in Ecuador am Scheideweg

13/2014
BRUNO SONKO
Zwiespältige Bilanz für Afrika

12/2014
JOHN LÜTTEN / JANA WERNER
Solidarisch mit den Streikenden

11/2014
ANNE STECKNER / MARIO CANDEIAS
Geiz ist gar nicht geil

IMPRESSUM
STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: März 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling